

Verwaltungsprozessrecht

Ein Studienbuch

von

Dr. Thomas Würtenberger

Professor an der Universität Freiburg

und

Dr. Dirk Heckmann

Professor an der Universität Passau

Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

4., neu bearbeitete Auflage, 2018



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Teil. Aufgaben und Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit

§ 1. Begriff, Ziele und Aufgaben der Verwaltungsgerichtsbarkeit ..	1
1. Begriff der Verwaltungsgerichtsbarkeit	1
2. Verfahrensziele im Verwaltungsprozess	1
a) Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 GG)	2
b) Kontrolle der Exekutive	4
c) Fortbildung des Verwaltungsrechts	5
d) Rechtsfrieden	6
e) Prozessökonomie	7
3. Anlass und Ablauf des Verwaltungsrechtsstreits	8
a) Die Rechtsschutzfunktion des Verwaltungsverfahrens	8
b) Das Erkenntnisverfahren	9
c) Das Vollstreckungsverfahren	10
d) Die vorläufige Sicherung von Rechten	10
4. Zum Verhältnis von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit	11
a) Umfassende verwaltungsgerichtliche Kontrolle als Verfassungsgebot ...	12
b) Gerichtlich nicht überprüfbarer Planungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum der Verwaltung	14
c) Zusammenfassende Würdigung	16
§ 2. Zur historischen Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit	17
1. Zum Verwaltungsrechtsschutz im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation	17
2. Die Entwicklung im 19. Jahrhundert	18
a) Administrativjustiz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	19
b) Einführung unabhängiger Verwaltungsgerichte seit 1863	19
3. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Weimarer Zeit	22
4. Zur Rolle der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Dritten Reich	22
5. Die Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach 1945	23
a) Die Situation in den Besatzungszonen	24
b) Die Demontage der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR	24
c) Die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik	25
6. Die Entwicklung des Verwaltungsprozessrechts im Spannungsfeld von Wissenschaft und Praxis	27
§ 3. Die Reformdiskussion	29
1. Verfahrensrecht	29
2. Mediation	30
3. New Public Management, Ressourcenverantwortung und Funktionsfähigkeit der Gerichtsbarkeit	32

§ 4. Europäisierung des Verwaltungsprozessrechts	33
1. Bindung an die supranationalen und an die nationalen Grundrechte	36
2. Erweiterung der Klagebefugnis	37
3. Begrenzung von Klagefristen und Bestandskraft	40
4. Begrenzung des einstweiligen Rechtsschutzes	41
5. Ausblick	43
§ 5. Zur europäischen Verwaltungsgerichtsbarkeit	43
1. Das Vorabentscheidungsverfahren	44
2. Klagearten gegen Hoheitsakte der Europäischen Union	45
a) Die Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV	45
b) Weitere Klagearten	47
3. Die Gerichtsorganisation	47
4. Die Bedeutung der EMRK für das Verwaltungsprozessrecht	48
§ 6. Digitalisierung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	51
1. Digitalisierung als Herausforderung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft	51
2. Digitalisierung der Justiz ("E-Justice-Gesetz")	52
3. Digitalisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit	53
a) Elektronische Klageerhebung	53
b) Elektronische Aktenführung	54
c) Elektronische Akteneinsicht	55
d) Einsatz technischer Mittel in der mündlichen Verhandlung	56
e) Digitale Gerichtsöffentlichkeit de lege ferenda	56
4. Ausblick	58
2. Teil. Gerichtsverfassung	
§ 7. Zum Begriff Gerichtsverfassung	59
§ 8. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwaltungsgerichtsbarkeit	60
1. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsrichter	60
a) Verwaltungsgerichte	60
b) Richter an den Verwaltungsgerichten	60
2. Die justitiellen Grundrechte im (verwaltungs-)gerichtlichen Verfahren ...	61
a) Gebot effektiven Rechtsschutzes nach Art. 19 Abs. 4 GG	61
b) Gebot des gesetzlichen Richters nach Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG	61
c) Gebot rechtlichen Gehörs nach Art. 103 Abs. 1 GG	61
aa) Die verwaltungsprozessualen Regelungen des rechtlichen Gehörs ..	62
bb) Die Anhörungsrüge gem. § 152a VwGO	63
§ 9. Gerichtsverfassungsrechtliche Regelungen der VwGO	64
1. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	64
2. Organisation der Verwaltungsgerichte	64
3. Rechtsstellung der Verwaltungsrichter	67
4. Vorlagepflichten	68
a) an die Großen Senate nach §§ 11, 12 VwGO	69
b) an den Gemeinsamen Senat nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes	70

c) an das BVerfG nach Art. 100 Abs. 1 GG	70
d) an den Europäischen Gerichtshof nach Art. 267 AEUV	71
5. Vertreter des öffentlichen Interesses	73

3. Teil. Gemeinsame Sachurteilstvoraussetzungen der Klagearten

§ 10. Deutsche Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit ... 75

§ 11. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges 77

1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	77
a) Klagen aus Verträgen sowie aus GoA	80
b) Klagen gegen Immissionen von Hoheitsträgern	84
c) Klagen auf Widerruf bzw. Unterlassung ehrkränkender Äußerungen oder von Informationen der Öffentlichkeit	85
d) Klagen gegen Hausverbote	87
e) Klagen aus dem Subventionsverhältnis	88
f) Klagen auf Benutzung öffentlicher Einrichtungen	89
g) Klagen gegen wirtschaftliche Betätigung des Staates	91
h) Klagen auf Information	92
i) Aufrechnung mit rechtswegfremder Forderung	93
j) Klagen in Kirchenangelegenheiten	94
2. Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art	95
3. Zuweisung der Streitigkeit an einen anderen Gerichtszweig	96
a) Zuweisung an einen anderen Gerichtszweig nach § 40 Abs. 1 VwGO ..	97
aa) Die gesetzlichen Regelungen	97
bb) Rechtswegprobleme bei Maßnahmen der Polizei	97
b) Rechtswegzuweisung nach § 40 Abs. 2 S. 1 VwGO	102
aa) Ansprüche aus Aufopferung	103
bb) Ansprüche aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung	104
cc) Schadensersatzansprüche aus der Verletzung nicht vertraglich begründeter öffentlich-rechtlicher Pflichten	104
dd) Unterschiedliche Rechtswege bei Schadensersatzansprüchen aus einem einheitlichen Schuldverhältnis	105
c) Rechtswegverweisung nach § 40 Abs. 2 S. 2 VwGO	106
d) Entscheidungen in Rechtswegstreitigkeiten und Konzentration der Entscheidung über den Streitgegenstand	106
aa) Das Verfahren	107
bb) Konzentration der Entscheidung nach § 17 Abs. 2 GVG	108
4. Exkurs zu den nichtjustiziablen Hoheitsakten	109
a) Rechtsschutzausschluss durch das Grundgesetz	109
b) Zum Rechtsschutz gegen Akte im Bereich der Staatsleitung	110
c) Zum Rechtsschutz im Bereich des Gnadenrechts	110

§ 12. Sachliche und örtliche Zuständigkeit 111

1. Sachliche und instanzielle Zuständigkeit	111
2. Örtliche Zuständigkeit	112
3. Bestimmung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit durch entsprechende Anwendung der Regeln über den Rechtsweg	112

§ 13. Verfahrensbeteiligte und ihre Beteiligtenfähigkeit	113
§ 14. Prozessfähigkeit, Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit	115
§ 15. Exkurs zur Beiladung	116
1. Zwecke der Beiladung	116
2. Beiladungsbeschluss des Gerichts	116
3. Einfache Beiladung	117
4. Notwendige Beiladung	117
5. Konsequenzen einer nicht erfolgten einfachen oder notwendigen Beiladung	118
6. Die prozessualen Rechte der Beigeladenen	119
§ 16. Objektive Klagehäufung und Streitgenossenschaft	119
1. Die objektive Klagehäufung	119
2. Die Streitgenossenschaft	120
§ 17. Ordnungsgemäße Klageerhebung	121
§ 18. Keine rechtskräftige Entscheidung oder anderweitige Rechtshängigkeit	123
1. Zur Bestimmung der materiellen Rechtskraft durch den Streitgegenstand	123
2. Zu den Folgen anderweitiger Rechtshängigkeit	126
§ 19. Kein Klageverzicht	126
§ 20. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	127
1. Rechtsmissbräuchliche Klageerhebung	127
2. Keine Erforderlichkeit des angestrebten Rechtsschutzes	128
3. Nutzlosigkeit des angestrebten Rechtsschutzes	128
4. Verwirkung des Klagerechts durch Untätigbleiben und Zeitablauf	129
5. Ausschluss des Rechtsschutzbedürfnisses durch § 44a VwGO	129
4. Teil. Die Klagearten mit ihren besonderen Sachurteils- voraussetzungen	
§ 21. Anfechtungsklage	133
1. Statthafte Klageart	133
a) Zur Aufhebung von Verwaltungsakten	133
b) Zur „Kassation“ des von nichtigen Verwaltungsakten ausgehenden Rechtsscheins	134
2. Klagebefugnis	135
a) Allgemeine Anforderungen	136
aa) Ausschluss von Popularklagen	136
bb) Möglichkeit einer Rechtsverletzung	136
cc) Subjektiv-öffentliches Recht und Schutznormtheorie	137
dd) Adressatentheorie	139
b) Klagebefugnis bei Nachbarklagen	139
aa) Baurechtliche Nachbarklagen	140
bb) Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse	143
cc) Immissionsschutzrechtliche Nachbarklagen	146
c) Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	146

aa)	Klagebefugnis bei Konzessionen nach dem Personenbeförderungsgesetz	147
bb)	Exkurs zur Klagebefugnis gegen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und der öffentlichen Hand	147
cc)	Klagebefugnis im Subventionsbereich	149
d)	Ausschluss der Klagebefugnis durch Präklusionsregelungen	149
e)	Ausnahmen vom Erfordernis der Klagebefugnis	150
3.	Widerspruchsverfahren (Anfechtungswiderspruch)	151
a)	Als Sachurteilsvoraussetzung	151
b)	Form und Frist	151
aa)	Form des Widerspruchs	151
bb)	Widerspruchsfrist	152
cc)	Zur Disposition der Widerspruchsbehörde über die Wahrung der Widerspruchsfrist	153
dd)	Zum Lauf der Widerspruchsfrist bei Nachbarwidersprüchen	154
ee)	Untätigkeitsklage bei Nichtentscheidung über den Anfechtungswiderspruch	155
4.	Klagefrist	155
5.	Gegenstand der Anfechtungsklage	156
a)	Regelfall	156
b)	Widerspruchsbescheid als Gegenstand der Anfechtungsklage	156
6.	Begründetheit	157
a)	Rechtsverletzung durch Verstoß gegen Verfahrensvorschriften	158
b)	Ausschluss des Aufhebungsanspruchs	159
c)	Rechtsverletzung bei Verstoß gegen drittschützende Normen	159
d)	Kassatorische Wirkung eines Anfechtungsurteils bei einem nichtigen Verwaltungsakt	159
7.	Besondere Formen und Inhalte von Anfechtungsurteilen	160
a)	Verbindung von kassatorischem und Leistungsurteil	160
b)	Abänderungs- und Ersetzungsbefugnis	160
c)	Aufhebung des Verwaltungsaktes ohne Entscheidung in der Sache	160
§ 22.	Verpflichtungsklage	162
1.	Statthafte Klageart	162
a)	Statthafte Klageart bei Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten	163
b)	Zulässigkeit einer isolierten Anfechtungsklage statt einer Verpflichtungsklage	165
c)	Verpflichtungsklage bei der Konkurrentengleichstellungs- und verdrängenden Konkurrentenklage	166
2.	Klagebefugnis	167
a)	Bei Ermessensentscheidungen	167
b)	Bei Klagen auf baurechtliches Einschreiten	168
3.	Widerspruchsverfahren (Verpflichtungswiderspruch)	169
4.	Klagefrist	170
5.	Besondere Voraussetzungen der Untätigkeitsklage	170
6.	Begründetheit	170

§ 23. Exkurs: Widerspruchsverfahren	172
1. Regelung	172
2. Ziele	173
3. Ausnahmen vom Erfordernis eines Widerspruchsverfahrens	174
4. Widerspruchsbehörde	175
5. Zulässigkeit des Widerspruchs	176
a) Statthaftigkeit des Widerspruchs	176
b) Widerspruchsbefugnis	177
c) Form und Frist	177
d) Abhilfeverfahren	177
e) Entscheidung über den Widerspruch	177
f) Fehlerhafter Widerspruchsbescheid	179
6. Zulässigkeit der reformatio in peius im Widerspruchsverfahren	179
§ 24. Allgemeine Leistungsklage	183
1. Anwendungsbereich der allgemeinen Leistungsklage	184
a) Ansprüche auf Realakte in einem engeren Sinn	184
b) Ansprüche auf öffentlich-rechtliche Willens- und Wissenserklärungen	185
c) Ansprüche auf Folgenbeseitigung	186
d) Unterlassungsansprüche	187
e) Normenerlassansprüche	187
f) Bürgerverurteilungsklage	187
2. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage ...	188
a) Klagebefugnis (§ 42 Abs. 2 VwGO analog)	188
b) Kein Vorverfahren	188
c) Keine Klagefrist	188
d) Vorheriger Antrag bei der Behörde als Voraussetzung für das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis	189
3. Begründetheit	189
§ 25. Feststellungsklage	189
1. Anwendungsbereich der Feststellungsklage	189
2. Statthaftigkeit	190
a) Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses	190
b) Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes	193
c) Subsidiarität	194
3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	196
a) Feststellungsinteresse	196
b) Zur analogen Anwendung des § 42 Abs. 2 VwGO auf die Feststellungsklage	199
4. Begründetheit	200
a) Passivlegitimation	200
b) Bestehen bzw. Nichtbestehen des Rechtsverhältnisses (bzw. Nichtigkeit des Verwaltungsaktes)	200
c) Beweislast	200
§ 26. Normenkontrollverfahren	201
1. Begriff und Funktion	201

2. Exkurs zu anderweitigem Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	203
a) Die Inzidentkontrolle	203
b) Die Feststellungsklage	204
3. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	205
a) Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	205
b) Statthafter Antragsgegenstand	205
aa) Die bauplanungsrechtlichen Normen des § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO	205
bb) Die anderen im Range unter dem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften des § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO	206
c) Zeitpunkt	209
d) Antrag und Antragsbefugnis	210
aa) der natürlichen und juristischen Personen	211
bb) der Behörden	215
e) Exkurs zur Beiladung	216
f) Rechtsschutzbedürfnis	217
4. Vorbehaltsklausel zugunsten der Landesverfassungsgerichtsbarkeit	217
5. Begründetheit des Normenkontrollantrags	218
a) Antragsgegner	218
b) Prüfungsumfang und Prüfungsmaßstab	218
aa) Prüfungsumfang	218
bb) Prüfungsmaßstab	219
cc) Teilunwirksamkeit	220
6. Entscheidungsmöglichkeiten und Rechtskraft	221
7. Entscheidungswirkungen	222
8. Rechtsmittel	222
9. Normenkontrollverfahren als Rechtsweg i. S. v. § 90 Abs. 2 BVerfGG	223
10. Vorläufiger Rechtsschutz	223

5. Teil. Vorbeugender und vorläufiger Rechtsschutz 226

§ 27. Der vorbeugende Rechtsschutz

1. Vorbeugende Unterlassungsklage oder vorbeugende Feststellungsklage?	229
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage	229
a) Widerspruchsverfahren, Klagefrist	230
b) Klagebefugnis nach § 42 Abs. 2 VwGO analog	230
c) Rechtsschutzbedürfnis	230
aa) Verhinderung vollendeter Tatsachen und des Eintritts irreparabler Schäden	230
bb) Vermeidung von Sanktionen	231
cc) Vielzahl drohender Einzelmaßnahmen	231
3. Vorbeugende Feststellungsklage	232
a) Widerspruchsverfahren, Klagefrist	232
b) Rechtsverhältnis	232
c) Berechtigtes Interesse	232
d) Klagebefugnis nach § 42 Abs. 2 VwGO analog	233
e) Subsidiarität	233
4. Besonderheiten einer auf den Erlass eines Verwaltungsaktes gerichteten vorbeugenden Klage	233

§ 28. Der vorläufige Rechtsschutz	233
1. Die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage und deren Durchsetzung (§§ 80, 80a VwGO)	234
a) Zeitpunkt des Eintritts und des Endes der aufschiebenden Wirkung ..	235
b) Zur Zulässigkeit des Rechtsbehelfs als Voraussetzung des Eintritts der aufschiebenden Wirkung	235
c) Folgen der aufschiebenden Wirkung	236
d) Erweiterung der aufschiebenden Wirkung auf Verwaltungsakte mit Doppelwirkung	238
aa) Aufschiebende Wirkung von Widerspruch bzw. Klage des Dritten	238
bb) Keine aufschiebende Wirkung von Widerspruch bzw. Klage des Dritten	239
cc) Die den Adressaten belastenden und einen Dritten begünstigenden Verwaltungsakte	239
e) Ausschluss des Suspensiveffekts durch § 80 Abs. 2 VwGO	239
aa) § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO	240
bb) § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO	240
cc) § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO	241
dd) § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4, Abs. 3 VwGO	241
f) Aussetzung der Vollziehung nach § 80 Abs. 4 VwGO	244
g) Gerichtlicher vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO	244
aa) Überblick über die Ziele des vorläufigen Rechtsschutzes	245
bb) Zur Statthaftigkeit eines „Hängebeschlusses“	246
cc) Sachentscheidungs Voraussetzungen eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	247
dd) Begründetheit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	248
h) Änderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	250
i) Beschwerde gegen Entscheidungen nach § 80 Abs. 5 VwGO	251
j) Schutzschrift	252
2. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	253
a) Abgrenzung von Sicherungs- und Regelungsanordnung	254
b) Sachentscheidungs Voraussetzungen eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	255
c) Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	256
aa) Glaubhaftmachung des Anordnungsanspruchs	256
bb) Glaubhaftmachung des Anordnungsgrundes	256
cc) Die Abwägungsentscheidung	256
dd) Keine Vorwegnahme der Hauptsacheentscheidung	257
ee) Gebundene Entscheidung des Gerichts	258
d) Ersatzansprüche	258

6. Teil. Das verwaltungsgerichtliche Verfahren

§ 29. Die Verfahrensgrundsätze	261
1. Verfassungsrechtlichen Vorgaben	261
2. Prozessgrundsätze	261
a) Grundsatz der Öffentlichkeit des Verfahrens	261
b) Grundsatz der Mündlichkeit	262

c) Grundsatz der Unmittelbarkeit	263
d) Untersuchungsgrundsatz	263
e) Verfügungsgrundsatz	264
f) Konzentrationsgrundsatz	265
§ 30. Beweismittel und Beweislast	265
1. Beweismittel im Verwaltungsprozess	265
2. Beweislast	267
3. Beweiswürdigung	269
§ 31. Klageänderung	269
§ 32. Aussetzung des Verfahrens	271
7. Teil. Die Beendigung des Verfahrens	
§ 33. Urteil	272
1. Die Arten verwaltungsgerichtlicher Urteile	272
a) Unterscheidung zwischen Prozess- und Sachurteil	272
b) Weitere Unterscheidungen	272
2. Form und Inhalt des Urteils	273
a) Allgemeine Anforderungen	274
b) Begründungspflicht	274
3. Verkündung und Zustellung des Urteils	274
4. Allgemeine Probleme der Begründetheitsprüfung	275
a) Passivlegitimation	275
aa) als Element der Begründetheitsprüfung	275
bb) Einzelfragen	276
b) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage .	279
aa) Allgemeine Grundsätze	279
bb) Zur Unterscheidung nach Klagearten	280
c) Nachschieben von Gründen im Verwaltungsprozess	282
d) Umdeutung von Verwaltungsakten im Verwaltungsprozess	284
5. Rechtskraft	285
§ 34. Gerichtsbescheid	285
§ 35. Streitentscheidender Beschluss	286
§ 36. Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung	286
1. Übereinstimmende Erledigungserklärung	286
2. Klagerücknahme	286
3. Prozessvergleich	287
8. Teil. Sonderprobleme	
§ 37. Erledigung der Hauptsache	289
1. Gerichtliche Entscheidung bei Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache	290
a) Übereinstimmende Erledigungserklärungen	290
b) Erledigungsfeststellungsrechtsstreit	290

2. Die Fortsetzungsfeststellungsklage nach § 113 Abs. 1 S. 4 VwGO	292
a) Statthafte Klageart	294
aa) Erledigung des Verwaltungsaktes nach Klageerhebung	294
bb) Erledigung des Verwaltungsaktes vor Klageerhebung	294
cc) Keine Erweiterung auf erledigte Realakte	295
dd) Analoge Anwendung auf erledigte Verpflichtungsbegehren	295
ee) Erledigungsantrag des Beklagten nicht statthaft	296
b) Erfordernis des Vorverfahrens und Einhaltung der Widerspruchsfrist	296
c) Klagebefugnis	298
d) Feststellungsinteresse	298
aa) Wiederholungsgefahr	298
bb) Rehabilitierungsinteresse	299
cc) Grundrechtseingriffe	299
dd) Präjudizwirkung für einen zivilrechtlichen Schadensersatzprozess	300
e) Klagefrist	301
f) Begründetheit	302
§ 38. Organschaftliche Streitverfahren	303
1. Begriff und Statthaftigkeit	303
2. Sachurteilsvoraussetzungen	305
a) Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges (§ 40 Abs. 1 S. 1 VwGO)	305
b) Beteiligtenfähigkeit (§ 61 VwGO)	305
c) Statthafte Klageart	306
aa) Klageart und Klagebegehren	306
bb) Bestimmung der Klageart in besonderen Fällen	307
d) Klagebefugnis nach § 42 Abs. 2 VwGO analog	309
e) Feststellungsinteresse bei der Feststellungsklage	311
f) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	311
g) Klagegegner	311
h) Kostentragung	312
3. Vorläufiger Rechtsschutz	312
§ 39. Normenerlass- und Normenergänzungsklage	313
1. Begriff und Funktion	313
2. Anspruch auf Normenerlass bzw. auf Normenergänzung	314
a) gegenüber dem Parlament	314
b) gegenüber der Verwaltung	314
3. Sachurteilsvoraussetzungen	316
a) Rechtsweg (§ 40 Abs. 1 S. 1 VwGO)	316
b) Klageart	317
aa) Normenkontrollverfahren gem. § 47 VwGO	317
bb) Allgemeine Leistungsklage	318
cc) Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	319
c) Klagebefugnis	319
d) Sachliche Zuständigkeit in Analogie zu § 47 VwGO?	320
4. Begründetheit	320
5. Zur Statthaftigkeit einer Normenunterlassungsklage	321

9. Teil. Rechtsmittel, Rechtsbehelfe und Wiederaufnahme des Verfahrens

§ 40. Begriffliche Abgrenzungen und allgemeine Prinzipien 323

1. Begriff des Rechtsbehelfs 323

 a) Allgemeine Rechtsbehelfe gegen gerichtliche Entscheidungen 323

 aa) Anhörsrüge gem. § 152a VwGO 323

 bb) Erinnerung gem. § 151 VwGO 323

 cc) Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 60 VwGO 323

 dd) Antrag auf Tatbestandsberichtigung oder auf Urteilsergänzung nach den §§ 119, 120 VwGO 324

 ee) Antrag auf mündliche Verhandlung gegen einen Gerichtsbescheid nach § 84 Abs. 2 Nr. 2, 4, 5 VwGO 324

 b) Rechtsmittel 324

2. Beschwer des Rechtsmittelführers 325

3. Rechtsmittel gegen formell inkorrekte Entscheidungen 325

4. Rechtsmittelverzicht 326

5. Verbot der reformatio in peius 327

6. Anschlussrechtsmittel 327

§ 41. Berufung 327

1. Statthaftigkeit 328

2. Form und Frist 329

3. Berufungsverfahren 329

4. Entscheidung des Berufungsgerichts 330

§ 42. Revision 330

1. Statthaftigkeit 330

2. Form und Frist 330

3. Das Revisionsverfahren 330

4. Die Entscheidung 332

§ 43. Beschwerde 332

1. Statthaftigkeit 332

2. Form und Frist 332

§ 44. Wiederaufnahme des Verfahrens 333

10. Teil. Vollstreckung

§ 45. Die Vollstreckung aus verwaltungsgerichtlichen Titeln 335

1. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen 335

 a) Die verwaltungsgerichtlichen Vollstreckungstitel 335

 b) Vollstreckungsklausel 336

 c) Zustimmung des Vollstreckungstitels und der Vollstreckungsklausel 337

2. Vollstreckungsgericht 337

3. Die Vollstreckung gegen die öffentliche Hand 338

 a) Vollstreckung wegen Geldforderungen 338

b) Vollstreckung bei der Verpflichtung zum Erlass von Verwaltungsakten nach § 172 VwGO	339
c) Nicht in den §§ 170, 172 VwGO geregelte Fälle	340
4. Die Vollstreckung durch die öffentliche Hand	341
5. Die Vollstreckungsgegenklage und die Widerspruchsklage	342
§ 46. Die Vollstreckung aus Verwaltungsakten	342
1. Das Beitreibungsverfahren	343
a) Vollstreckungsvoraussetzungen	343
aa) Leistungsbescheid	343
bb) Vollstreckungsanordnung	344
b) Die anzuwendenden Vollstreckungsvorschriften	345
c) Zur Zulässigkeit eines Beitreibungsverfahrens gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts	346
d) Rechtsbehelfe bei der Verwaltungsvollstreckung wegen Geldforderungen	346
aa) gegen den Leistungsbescheid	346
bb) gegen die Vollstreckungsmaßnahmen	346
2. Das Verwaltungszwangsverfahren	347
a) Vollstreckungsbehörden	347
b) Vollstreckungsvoraussetzungen	347
aa) Vollstreckbarer Verwaltungsakt	347
bb) Unanfechtbarkeit der Grundverfügung, Anordnung der sofortigen Vollziehung oder Fehlen der aufschiebenden Wirkung von Rechtsbehelfen	348
c) Androhung, Festsetzung und Anwendung der Zwangsmittel	348
aa) Androhung (§ 13 VwVG)	348
bb) Festsetzung von Zwangsmitteln	350
cc) Anwendung von Zwangsmitteln	351
dd) Unmittelbare Ausführung von Vollstreckungsmaßnahmen	352
d) Die Zwangsmittel	353
aa) Ersatzvornahme	353
bb) Zwangsgeld	354
cc) Unmittelbarer Zwang	354
dd) Zwangshaft	355
ee) Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	355
e) Rechtmäßigkeit der Grundverfügung als Rechtmäßigkeitsvoraussetzung von Vollstreckungsmaßnahmen?	356
f) Vollstreckungsschutz bei Einwendungen gegen den bestandskräftigen Grundverwaltungsakt	357
§ 47. Vollstreckung aus öffentlich-rechtlichen Verträgen	360
1. Vollstreckung aus koordinationsrechtlichen Verträgen	360
2. Vollstreckung aus subordinationsrechtlichen Verträgen	360
Stichwortverzeichnis	361